

Christa Schwab

Von: Christa Schwab <christa.schwab@kbk.ch>
Gesendet: Freitag, 8. September 2017 21:10
An: Christa Schwab
Betreff: kbk-Informationen 2017/12

Liebe Mitglieder und Interessierte

Nachfolgend unterbreite ich Ihnen gerne die nächsten kbk-Informationen und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre bei den aktuellen behindertenpolitischen Themen.

Entlastungspaket 2018: Der bernischen Alters- und Behindertenpolitik droht das Ende

Die kbk, Socialbern, senesuisse, die Spitex Verband Kanton Bern und der Verband Berner Pflege- & Betreuungszentren schreiben gemeinsam an die Mitglieder des Grossen Rates: «Mit dem Entlastungspaket 2018 liegt nun eine Vorlage auf dem Tisch, die die Ziele Ihrer Politik untergräbt und Folgen für alle Betroffenen haben wird: für ältere und behinderte Menschen, für betreuende Personen und Pflegefachleute, für Organisationen und Institutionen, für Gemeinden und für uns alle als Steuerzahlende. Die geplanten harten Sparmassnahmen gefährden viele Errungenschaften einer klugen Alters- und Behindertenpolitik, die sich über Jahre bewährt haben.» [Schreiben an die GrossrätInnen \(d\)](#), [Schreiben an die GrossrätInnen \(f\)](#)

Offener Brief an die Behindertenorganisationen

Die SP wendet sich mit einem offenen Brief an die Behindertenorganisationen. Sie will den Abbau im Behindertenbereich, aber auch in andern Bereichen verhindern und sucht Unterstützung dafür. [Offener Brief](#)

Interpellation: Notfallpsychiatrie in Biel in Not? Zum Zweiten!

Unser Kerngruppenmitglied des Bernischen Aktionsbündnisses Psychische Gesundheit und Grossrat Hasim Sancar hat im Juni betreffend des fehlenden psychiatrischen Notfalldienstes in Biel nachgehakt. Im Antwortschreiben des Regierungsrates wird ein ambulanter psychiatrischer Notfalldienst für die Region Biel-Seeland ab Oktober 2017 in Aussicht gestellt. Falls die Lösung nicht zustande kommt, wäre es Aufgabe des Kantonsarztesamtes (KAZA) den psychiatrischen Notfalldienst zu regeln. Da sich das Gesundheitsgesetz (GesG) zur Umsetzung einer ersatzweisen Regelung durch das KAZA nicht äussert, will der Regierungsrat in einer künftigen Revision des GesG eine Präzisierung der heutigen Bestimmung prüfen. [Zum Geschäft](#)

Berner Aktionstage Psychische Gesundheit 10.10. – 24.11.2017

Die diesjährigen Berner Aktionstage Psychische Gesundheit setzen den Schwerpunkt «Psychische Gesundheit und Krankheit in der Familie». Gemeinsam mit dem Berner Sportclub YB und der Pro Mente Sana veranstalten wir am 10.10. nachmittags eine Informationsveranstaltung für bernische FussballtrainerInnen aus dem Kinder- und Jugendbereich und abends die [Eröffnungsfeier](#) (mit Gebärdendolmetscherin/rollstuhlgängig). Die 25 TrägerInnen der Aktionstage führen im ganzen Kanton zahlreiche interessante Anlässe rund ums Thema psychische Gesundheit durch. Reservieren Sie sich die Termine! [Broschüre Aktionstage](#), www.psychische-gesundheit-bern.ch
Die kbk ist im Organisationskomitee der Aktionstage vertreten und Trägerin der Kampagne «Wie geht's Dir?» im Kanton Bern. www.wie-gehts-dir.ch

Die neuen Möglichkeiten des Berner Modells

«Unabhängig davon, ob jemand in einer geschützten Werkstätte oder in einer Beschäftigungsgruppe eines Wohnheims arbeitet, einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt hat, selbständig tätig ist oder die eigenen Kinder betreut: Im Berner Modell wird Assistenz am Arbeitsplatz möglich.», informiert unsere Geschäftsleiterin Yvonne Brütsch, in einem Artikel zum Berner Modell in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift «Behinderung und Politik» von Agile (S.11). [Zeitschrift "Behinderung & Politik" rund ums Thema: "Assistenz am Arbeitsplatz"](#)

Übergabe des Schattenberichts zur UNO-BRK: Die Schweiz behindert – Wir sagen wo und wie

Benachteiligungen am Arbeitsplatz, kein Besuch der Regelschule oder keinen Zugang zu Online-Dienstleistungen – viele Menschen mit Behinderungen können kein selbstbestimmtes Leben führen. Dies zeigt der Schattenbericht zur UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) auf, den Inclusion Handicap und seine 25 Mitgliederorganisationen heute in Genf dem zuständigen UNO-Komitee übergaben.

[Medienmitteilung Inclusion Handicap](#)

Invalidenversicherung

- **Endlich gerechtere Versicherungsdeckung für Frauen.** Der Bundesrat will für die Festlegung des Invaliditätsgrades von Teilerwerbstätigen ein neues Berechnungsmodell einführen. Procap begrüsst die vorgeschlagene Änderung der IV-Verordnung. Damit wird die langjährige Diskriminierung von teilerwerbstätigen Frauen beseitigt und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert. [Meldung Procap](#)
- **Keine IV-Renten für Depressive: Bundesgericht will reagieren.** Aufgrund einer Praxisänderung des Bundesgerichts erhalten Depressive in der Schweiz momentan kaum noch IV-Renten. Nun geht eine breite Allianz von Psychiatern auf die Barrikaden. Und: Das Bundesgericht will die Praxis überprüfen. Zurzeit bekommen Depressive in der Schweiz kaum noch IV-Renten. [Videobeitrag SRF](#)
- **Stellungnahme des Bundesrates zur Interpellation: Qualitätssicherung bei Rentenanpassung infolge von somatoformen Schmerzstörungen.** Die Frage nach der Überwindbarkeit der Erwerbsunfähigkeit und damit auch die Frage nach der Zumutbarkeit der Überwindung aus objektiver Sicht sind seit jeher rechtliche Fragestellungen in der IV. Eine präzise Voraussage des empfundenen Schmerzes ist nicht möglich, da Schmerzen per se ein subjektives Empfinden darstellen. [Zum Geschäft](#)
- **IV-Gutachter macht zweimal den gleichen Fehler.** Bereits zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit übt das Verwaltungsgericht des Kantons Zug in zwei von schadenanwaelte geführten Verfahren Kritik an den Gutachten eines Psychiaters, welcher regelmässig Expertisen für die IV-Stelle Zug anfertigt. Interessant dabei: Den beiden Gutachten haftet ein und derselbe Mangel an. [Meldung schadenanwaelte](#)

Psychische Beeinträchtigung

- **Bericht Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) über Besuch in der UPD-Bern.** Die Kommission erhielt hinsichtlich Infrastruktur, psychiatrischer Betreuung und Personal einen insgesamt positiven Eindruck der UPD. Als kritisch einzustufen ist nach Ansicht der Kommission die meist geschlossene Führung der verschiedenen Stationen mit den daraus resultierenden übermässigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit verschiedener Patientengruppen. Als weiteren Mangel ortete die Kommission das Fehlen der Behandlungspläne für Personen unter fürsorglicher Unterbringung (FU). Die Kommission stellte weiter fest, dass Fixierungen als bewegungseinschränkende Massnahme regelmässig eingesetzt werden. Nach Ansicht der Kommission sollte darauf hingearbeitet werden, dass Fixierungen nur im Sinne einer ultima ratio Massnahme zum Zuge kommen und an deren Stelle alternative Massnahmen gefördert werden. [Bericht NKVF](#), [Stellungnahme Regierungsrat Kt. BE](#)
- **Sparen auf dem Buckel psychisch Kranker.** Die Psychiater meinen, dass der Tarifeingriff von Bundesrat Berset lebensbedrohliche Folgen haben könnte – etwa, weil für ein Telefongespräch mit einem Suizidgefährdeten nur noch 20 Minuten bleiben. Wer nur deshalb Medizin studiert, um später reich zu werden, wird eine Sparte meiden: die Psychiatrie. Denn von allen Medizinern verdienen Psychiater am wenigsten. [Beitrag NZZ](#)

Abgeschriebene Motion: Wohneigentumsförderung für Invalide

Der Bundesrat wird eingeladen, eine Anpassung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) im folgenden Sinne vorzubereiten: Eine invalide Person, die zu 100 Prozent durch eine andere Versicherung als jene der beruflichen Vorsorge (z. B. Haftpflichtversicherung) entschädigt wird, soll gleich wie eine nicht behinderte Person über ihre zweite Säule verfügen können, um Wohneigentum zu erwerben. [Zum Geschäft](#)

Die Wahl kann man auch Ihnen zutrauen

Deutschland - Weil sie wegen geistiger Behinderung betreut werden, dürfen 85.000 Menschen in Deutschland nicht wählen. Auch sie sollten an der Demokratie teilhaben. Weil sie es können. Gerade habe ich meine Briefwahlunterlagen für die Bundestagswahl am 24. September erhalten. Da ich im Ausland lebe, musste ich das extra beantragen, damit ich ins Wahlregister eingetragen werde. [Beitrag Die Zeit](#)

In Island werden mehr Kinder wegen möglichen Behinderungen abgetrieben – das wird stark kritisiert

Kinder mit Down-Syndrom werden in Island fast keine mehr geboren. Das Gesundheitswesen bietet Tests und die Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen an. Kritiker sehen das als verdeckte Eugenik. Die Isländer – ein Volk von Mördern? Eine Nation mit verdeckten nazistischen Tendenzen? Man könnte es glauben, wenn man Kommentare in amerikanischen und anderen Medien liest, in welchen dieser Tage die Bewohner der Nordatlantikinsel scharf angegriffen werden. [Beitrag NZZ](#)

Aktuell: [Veranstaltungskalender auf Participa](#)

Herzliche Grüsse
Christa Schwab

Verantwortliche Bernisches Aktionsbündnis Psychische Gesundheit

BERNER AKTIONSTAGE PSYCHISCHE GESUNDHEIT 10.10. – 24.11.2017

www.psychische-gesundheit-bern.ch

Christa Schwab
Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit
Kantonale Behindertenkonferenz Bern kbk
Neu: Sandrainstrasse 76
3007 Bern

031 371 68 67
christa.schwab@kbk.ch
www.kbk.ch

PARTICIPA Berner Informationsplattform für
Menschen mit Behinderungen
www.participa.ch

